

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

04 020 Allgemeine Bewilligungen
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

111 10	052	Einnahmen aus dem Registerportal.	3 400 000	3 236 500	+163 500	3 406
111 12	052	Einnahmen aus dem Zwangsversteigerungsportal.	—	—	—	—
119 01	052	Vermischte Einnahmen.	288 000	315 800	-27 800	288
119 02	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 12.	—	—	—	—
119 03	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 526 30.	—	—	—	2
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Ver- kehrsunternehmen an Landesbedienstete. Siehe Vermerke bei Titel 546 04.	—	—	—	2 467
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Lan- desbehörden.	—	—	—	—
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	—	—	—	3

Übrige Einnahmen

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.	—	—	—	12
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.	—	—	—	7
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehrauf- wandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II. . . .	—	—	—	—
272 00	012	Projektbezogene Finanzhilfen aus EU-Förderprogram- men. Siehe Haushaltsvermerke bei Titel 525 50.	—	—	—	1
286 10	056	Erstattungen des Europarats im Rahmen des Projekts Twinning of Prisons.	—	—	—	—
286 20	052	Erstattungen der Europäischen Union im Rahmen des Twinning-Projekts mit Lettland.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 111 10:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Registerportal.

Zu Titel 111 12:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Zwangsversteigerungsportal.

Zu Titel 119 01:

1. Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten.	238 000 EUR
2. Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster.	50 000 EUR
Zusammen.	288 000 EUR

Zu Titel 119 02:

Einnahmen aus Werbeanzeigen in Veröffentlichungen.

Zu Titel 124 00:

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltspflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

Zu Titel 132 01:

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 272 00:

EU-Finanzhilfen zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
Titelgruppen					
Titelgruppe 60					
Einnahmen für die Informationstechnik					
111 60 052	Gebühren und tarifliche Entgelte.	8 500 000	—	+8 500 000	—
132 60 052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	34 000	34 000	—	—
	Summe Titelgruppe 60.	8 534 000	34 000	+8 500 000	—
Titelgruppe 61					
Einnahmen im Rahmen der Einführung des elektronischen Grundbuchs					
111 61 052	Gebühren und tarifliche Entgelte.	—	6 500 000	-6 500 000	7 809
	Summe Titelgruppe 61.	—	6 500 000	-6 500 000	7 809
Titelgruppe 62					
Einnahmen im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"					
Siehe Haushaltsvermerk bei Titelgruppe 62 (Ausgaben).					
272 62 052	Zuweisungen der Europäischen Union im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal".	—	—	—	60
287 62 052	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland im Rahmen des Projekts "EU-eJustiz-Portal".	—	—	—	20
	Summe Titelgruppe 62.	—	—	—	80
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020.	12 222 000	10 086 300	+2 135 700	14 075

Erläuterungen

Zu Titel 111 60:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Grundbuch. Bis 2010 veranschlagt bei Kapitel 04 020 Titel 111 61.

Zu Titelgruppe 61:

Die Titelgruppe 61 wird mit dem Haushalt 2011 aufgelöst. Die Einnahmen werden umgesetzt in die Titelgruppe 60.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

A u s g a b e n
Personalausgaben

1. 22 (55) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" wie folgt kw: - (33) ab 01.01.2009, 5 (5) ab 01.01.2011, 12 (12) ab 01.01.2012 und 5 (5) ab 01.01.2013 (Verlängerung von "ab 01.01.2011")
2. 24 (55) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon - (31) ab 01.01.2009, 6 (6) ab 01.01.2011, 6 (6) ab 01.01.2012 und 12 (12) ab 01.01.2013.
3. 120 (144) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - 1,5%-ige Stelleneinsparung ab 2010, davon 24 (24) ab 01.01.2010, - (24) ab 01.01.2011, 24 (24) ab 01.01.2012, 24 (24) ab 01.01.2013, 24 (24) ab 01.01.2014, 24 (24) ab 01.01.2015.
4. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	100 000	100 000	—	35
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz. . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	940	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung.	67 239 500	65 757 200	+1 482 300	64 038
441 02	940	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung	367 500	397 100	-29 600	350
441 03	940	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten.	78 400	78 900	-500	75
441 04	940	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
441 05	940	Zuschüsse zur Krankenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
443 01	940	Fürsorgeleistungen.	1 472 300	1 472 300	—	1 278
443 10	940	Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst.	544 200	544 200	—	408
452 00	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—	—
462 11	989	Minderausgabe wegen Verlängerung der Arbeitszeit. . . . Die Minderausgabe ist in der Hauptgruppe 4 - Gruppen 422 und 429 - durch Stellenreduzierungen zu erbringen. Die Minderausgaben 2006 und 2007 wurden um den Betrag für das Haushaltsjahr 2004 (2.640.000 EUR) infolge kw-Realisierung reduziert.	—	—	—	—
462 12	989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 %.	—	—	—	—

 Erläuterungen

Zu den Personalausgaben:

Zu 1:

32 kw-Vermerke wurden realisiert im Kapitel 04 220. 1 kw-Vermerk ist gemäß § 50 Abs. 2 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 HG 2009 in das Kapitel 12 310 umgesetzt worden. Die 22 kw-Vermerke sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. Die vorbezeichneten 22 kw-Vermerke sind aufgrund der vorgesehenen Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens um 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung von 12 (22) dieser kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

Zu 2:

27 kw-Vermerke "ab 01.01.2009" wurden realisiert in den Kapiteln 04 210 (15), 04 220 (1), 04 240 (2), 04 250 (2), 04 410 (6) und 04 510 (1). 4 kw-Vermerke sind gemäß § 50 Abs. 2 LHO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 HG 2009 in das Kapitel 12 310 umgesetzt worden.

Zu 3:

Zur Entlastung der Stellensituation in der Landesverwaltung sind die kw-Vermerke aufgrund der 1,5%-igen Stelleneinsparung mit der Fälligkeit ab 01.01.2011 gestrichen worden. Die Minderausgaben für Personalausgaben (siehe Titel 462 16) wurden aufgrund der Streichung dieser kw-Vermerke entsprechend angepasst.

Zu Titel 427 02:

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Einzelplan 04.

Zu Titel 427 50:

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

Zu Titel 443 01:

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtengesetz.	1 019 000	EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden.	65 500	EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete.	267 000	EUR
4. Sonstiges.	120 800	EUR
Zusammen.	1 472 300	EUR

Die Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst sind seit dem Jahr 2009 bei Titel 443 10 gesondert veranschlagt.

Zu Titel 443 10:

Seit dem Jahr 2009 werden die Mittel für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst zur besseren Haushaltsüberwachung gesondert veranschlagt. Bis 2008 mitveranschlagt bei Titel 443 01.

Zu Titel 452 00:

Erstattung von Arbeitslosengeld an die Bundesagentur für Arbeit sowie Ausgleichszahlungen an die Rentenversicherungsträger zur Vermeidung rentenrechtlicher Nachteile im Rahmen der sog. 58er-Regelung (SGB VI, AFG). Mit Blick auf das Auslaufen der 58er-Regelung wird im Jahr 2011 mit Ausgaben nicht mehr gerechnet.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2011 EUR	2010 EUR	2011 EUR	2009 TEUR
462 13	989	Minderausgaben bei Obergruppe 42.	-2 667 600	-2 667 600	—	—
462 15	989	Minderausgaben aufgrund der Realisierung von kw-Ver- merken.	-577 500	-8 330 000	+7 752 500	—
462 16	989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % ab 2010.	-840 000	-420 000	-420 000	—
Sächliche Verwaltungsausgaben						
514 10	254	Verbrauchsmittel.	—	—	—	—
518 02	011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeu- ge.	20 000	20 000	—	4
525 01	012	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. Verpflichtungsermächtigung: 300 000 EUR.	360 000	350 000	+10 000	325
525 20	011	Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechtswesens. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	125 000	125 000	—	69
525 30	012	Fortbildung der Bediensteten. 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausga- ben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	1 100 000	1 100 000	—	1 331

Erläuterungen

Zu Titel 514 10:

Zur Verbuchung etwaiger Kosten für Bildschirmbrillen.

Zu Titel 518 02:

Veranschlagt insbesondere für die Anmietung von Dolmetschertechnik, die für die Ausrichtung internationaler Fachtagungen geboten ist, sowie für die Anmietung von Fahrzeugen.

Zu Titel 525 01:

Bei diesem Titel werden Mittel veranschlagt u.a. für folgende Schulungsmaßnahmen:

- sozialtherapeutische Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe,
- psychotherapeutische Fortbildung von Anstaltspsychologinnen und -psychologen für den Umgang mit Sexualstraftätern,
- Ausbildung von Beschäftigten des Jugendvollzuges in diagnostischen und sozialpädagogischen Maßnahmen,
- Ausbildung von sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern,
- Qualifizierung von internen Organisationsberaterinnen und -beratern,
- Ausbildung von Richterinnen und Richtern als Multiplikatoren für das Qualität sichernde Instrument der "Kollegialen Beratung",
- Ausbildung von Justizangehörigen im Rahmen des Gewaltschutzes,
- Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren,
- andere Schulungsmaßnahmen, bei denen der Ausbildungscharakter gegenüber der Fortbildung überwiegt.

Mehr wegen der Einführung neuer Kräfte des Ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz in ihr Aufgabengebiet.

Zu Titel 525 20:

Zur Zahlung

- der Kosten, die sich im Zusammenhang mit dem Besuch nordrhein-westfälischer Richterinnen und Richter in der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem ergeben.
- der Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z.B. mit China, der Russischen Föderation, Ungarn u.a., auf dem Gebiet der Rechtspflege ergeben,
- der Kosten, die durch Gastbesuche anderer ausländischer Juristen oder sonstiger Fachleute zur Unterrichtung über deutsches Recht und deutsche Justizeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entstehen,
- der Kosten, die sich aus dem europäischen Netzwerk für Fortbildung ergeben (Vermittlung europäischen Rechts, Austausch von Richtern und Staatsanwälten),
- der Kosten, die sich aus der Beratung (z.B. Rechtsstaatsprozess) in neuen Mitglieds- und Kandidatenländern der EU ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an oder der Ausrichtung von internationalen Fachtagungen und Arbeitssitzungen ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten),
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an Programmen zum Justizaufbau in anderen Staaten (z.B. Kosovo, Mazedonien, Mittelmeeranrainerstaaten) ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Ausrichtung von rechtspolitischen Veranstaltungen mit europapolitischem Bezug ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten).

Der Europarat bzw. die Europäische Kommission erstattet teilweise die Kosten, die im Zusammenhang mit den Partnerschaften zwischen russischen und nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Europarat-Projekts "Twinning of Prisons" oder evtl. weiterer Twinning-Projekte anfallen. Etwaige Erstattungen von z.B. UNO, Weltbank oder EU im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Projekte sind möglich.

Zu Titel 525 30:

1. Kosten der vom Justizministerium veranlassten Fortbildungsmaßnahmen.	220 000 EUR
2. Kosten der von der Justizakademie des Landes NRW bzw. von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW veranlassten Fortbildungsmaßnahmen.	550 000 EUR
3. Kosten der auf Bezirksebene durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen.	330 000 EUR
Zusammen.	1 100 000 EUR

Veranschlagt sind alle im Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals anfallenden Kosten (mit Ausnahme der in den Titeln 525 01 und 525 40 veranschlagten Schulungsmaßnahmen sowie der IT-Fortbildung), insbesondere die anfallenden Vortrags-/Unterrichts- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter (auch der von NRW auszurichtenden Tagungen der Deutschen Richterakademie).

Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
525 40 012	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz. 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	500 000	500 000	—	463
525 50 012	Fortbildung aus projektbezogenen Finanzhilfen der EU. . 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 272 00 verstärken oder vermindern diesen Ansatz. 3. Bei der Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen.	—	—	—	1
526 10 011	Kosten für empirische Justizforschung. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	240 000	240 000	—	81
526 20 011	Kosten der Entwicklung eines Haushaltscontrollingsystems.	—	—	—	—
526 30 011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.	50 000	50 000	—	52
526 40 011	Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz.	100 000	100 000	—	—
526 50 011	Ausgaben für die Expertenkommission zur Untersuchung der Justizvollzugsanstalten.	—	—	—	—
529 10 011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers.	45 500	45 500	—	36
529 20 011	Aufwand für Personalvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als verausgabt.	49 500	49 500	—	44
529 30 011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Schwerbehindertenvertretungen als verausgabt.	5 100	5 100	—	4
531 11 013	Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 12.	146 500	146 500	—	128
531 12 013	Veröffentlichungen zur Information der Bürger aus Fachbereichen des Ministeriums. 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 11. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 02 geleistet werden. 3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich (oder gegen ermäßigtes Entgelt) abgegeben werden, soweit dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.	142 500	142 500	—	137
542 01 299	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX). Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 542 01 der Kapitel 01 010, 02 020, 03 020, 05 020, 06 020, 08 020, 10 020, 11 020, 12 020, 13 020, 14 020 und 15 020.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 525 40:

Veranschlagt sind die bei der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Unterstützung der strukturellen Erneuerung der Justiz anfallenden Kosten, insbesondere die Vortrags- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter. Umfasst sind folgende Maßnahmen:

- a) Führungskräftebildung
- b) Organisationsentwicklung und -beratung, Personalentwicklung
- c) Instanzenübergreifende Zusammenarbeit
- d) Controlling,
- e) Qualitätssicherung.

Zu Titel 525 50:

Bei diesem Titel sollen Ausgaben zur Durchführung von seitens der EU geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen geleistet werden. Ausgaben werden nur bis zur Höhe der entsprechenden Einnahmen aus EU-Finanzhilfen geleistet. Diese werden bei Titel 272 00 vereinnahmt.

Zu Titel 526 10:

Die Mittel werden benötigt für die Betreuung interner Untersuchungen sowie externer Forschungsvorhaben, Druckkosten und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. In den Mitteln sind auch Kosten zur Deckung des Aufwands für Veranstaltungen, insbesondere für Bewirtungs- und Reisekosten von nicht im Justizdienst des Landes NRW stehenden Personen, enthalten.

Zu Titel 526 30:

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen.

Zu Titel 529 20:

Zur Deckung des Aufwandes der Personalvertretungen nach § 40 Abs. 2 Landespersonalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1974 (SGV.NRW. 2035).

Zu Titel 531 11:

Die Mittel sind zur Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie zur Durchführung öffentlichkeitsrelevanter Veranstaltungen bestimmt. Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Auslagen der Pressedezernenten einschl. Mitgliedsbeiträge im Deutschen Presseclub,
- b) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der nachgeordneten Dienststellen, Einführung und Verabschiedung von Behördenleitern,
- c) Sonstiges (z. B. Kranzspenden).

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen; eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu Titel 531 12:

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Bürger über die Aufgaben der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen bestimmt.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial,
- b) Dokumentationen von Fachtagungen, Informationsgesprächen und sonstigen Veranstaltungen,
- c) Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial; dazu gehört insbesondere eine Faltblattreihe des Justizministeriums,
- d) Veröffentlichungen zur Justizstatistik, Gerichtsorganisation, Strafrechtspflege und zum Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen.

Zu Titel 542 01:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die in § 71 Abs. 1 bzw. Abs. 2 SGB IX vorgeschriebene Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte nicht erreichen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist abhängig von der Beschäftigungsquote (§ 77 Abs. 2 SGB IX). Sie ist jährlich an den Landschaftsverband Rheinland - Integrationsamt - abzuführen. Die Abrechnung erfolgt jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Haushaltsstelle dient der Abwicklung der Ausgleichsabgabe. Die Durchführung obliegt dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
546 01 011	Vermischte Ausgaben.	98 000	110 900	-12 900	45
546 04 011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrs- unternehmen. 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder vermin- dern diesen Ansatz. 3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Abset- zung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).	—	—	—	2 520
547 10 011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsan- waltschaften.	1 300 000	1 300 000	—	1 004
547 59 960	Ausgaben im Rahmen der Regelung des § 9 Haushalts- gesetz.	—	8 671 900	-8 671 900	—
549 20 989	Minderausgabe durch Zentralisierung des Gebäudemana- gements.	—	-2 182 000	+2 182 000	—
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)					
631 00 011	Kostenausgleich für Verfahren vor dem Europäischen Ge- richtshof für Menschenrechte.	64 000	64 000	—	34
632 10 011	Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle.	80 000	80 000	—	63
632 20 011	Anteil des Landes an den Betriebskosten der Deutschen Richterakademie.	410 000	404 000	+6 000	371
632 30 011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsbe- rechnung.	—	—	—	60
632 40 011	Anteil des Landes an den Kosten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter.	43 300	43 300	—	—
681 00 251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II.	—	—	—	—
Ausgaben für Investitionen					
711 00 871	Kleine Baumaßnahmen. Die Ausgaben dürfen bis zu 100.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 04 410 Titel 711 52 überschritten werden. Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.	2 660 000	2 660 000	—	2 094
711 13 871	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staats- anwaltschaften.	2 020 500	—	+2 020 500	1 781
Besondere Finanzierungsausgaben					

Erläuterungen

Zu Titel 547 10:

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherheitsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt.

Zu Titel 631 00:

Nach dem Gesetz zur Lastentragung im Bund-Länder-Verhältnis bei Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen vom 05. September 2006 (LastG) sind dem BMJ die Aufwendungen bei Verurteilungen bzw. Vergleichen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erstatten, soweit die lastenbegründenden Pflichtverletzung im Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt ist.

Zu Titel 632 10:

Aus diesem Titel wird der auf das Land NRW entfallende Kostenanteil der Kriminologischen Zentralstelle geleistet. Der veranschlagte Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung des Landes NRW an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle.

Zu Titel 632 20:

Dieser Titel enthält die Mittel der auf das Land NRW entfallenden Betriebskosten der Deutschen Richterakademie für alle Zweige der Gerichtsbarkeit. Der Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung an den Kosten der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau. Die Reisekosten der Tagungsleiter werden aus Titel 525 30 gezahlt.

Zu Titel 632 40:

Nach dem Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) sind die Länder verpflichtet, eine Nationale Stelle zur Verhütung von Folter zu errichten. Bei dieser Haushaltsstelle ist der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten der Nationalen Stelle veranschlagt.

Zu Titel 711 00:

Die Mittel sind bestimmt für kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz.

Programmplanung	EUR
Barrierefreies Bauen	1.149.350
baulich/technische Sicherungsmaßnahmen	211.000
Erweiterungsmaßnahmen	150.000
Umbaumaßnahmen - Innenbereich -	978.400
Umbaumaßnahmen - Außenbereich -	50.000
Sonstiges	121.250
Zusammen	2.660.000

Zu Titel 711 13:

Veranschlagt sind die Bauausgaben für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Voraussichtliche Gesamtkosten lt. berechtigter Kostenschätzung.	66 524 800	EUR
Verausgabt 1995 bis 2009.	64 504 378	EUR
Bewilligt 2010.	—	EUR
Veranschlagt 2011.	2 020 422	EUR
Vorbehalten.	—	EUR

Zu Titel 971 50:

Die Restedekungsmittel werden ab dem Jahr 2010 zentral im Epl.20 bei Kapitel 20 020 Titel 971 30 veranschlagt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
Funkt.- Kennziffer		2011 EUR	2010 EUR	2011 EUR	2009 TEUR
971 50 988	Zur Deckung von Ausgaberesten. Die Deckungsmittel dürfen nur bis zur Höhe der bei den Titeln der Hauptgruppe 5 sowie der Obergruppe 81 entstandenen Ausgabereste des Einzelplans 04 mit Ausnahme des Kapitels 04 020 zur Deckung herangezogen werden.	—	—	—	—
972 10 989	Globale Minderausgaben.	-5 319 700	-5 319 700	—	—

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppen
Titelgruppe 60
Ausgaben für die Informationstechnik

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 632 40 überschritten werden.

511 60 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	4 250 000	3 450 000	+800 000	2 945
518 60 052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen , Überlassungsvergütungen.	—	—	—	—
526 60 052	Sachverständige und ähnliche Kosten.	500 000	500 000	—	78
538 60 052	Ausgaben für Datenverarbeitung. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO). Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.	11 400 000	6 520 000	+4 880 000	13 142
546 60 052	Vermischte Ausgaben. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).	5 600 000	5 600 000	—	2 482
547 60 014	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 547 10 überschritten werden.	16 631 500	17 400 000	-768 500	17 068

 Erläuterungen

Zu Titelgruppe 60:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 61 werden ab dem Jahr 2011 mitveranschlagt in der Titelgruppe 60.

Zu Titel 511 60:

1. Geschäftsbedarf.	3 000 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	— EUR
3. Kommunikation.	1 250 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	— EUR
5. Sonstiges.	— EUR
Zusammen.	<u>4 250 000 EUR</u>

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

Zu Titel 538 60:

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

Zu Titel 546 60:

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

Zu Titel 547 60:

Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesbetriebs IT.NRW (Providerkosten für den Intranet- und Internetauftritt der Justiz NRW) und der Niederlassungen Hagen und Köln des Landesbetriebs IT.NRW, die vormals im Einzelplan 03 etatisiert waren. Insbesondere von der Niederlassung Hagen werden zentrale Verfahren der Justiz betrieben (Mahnverfahren, Kassenverfahren "JUKOS", Automatisiertes Schuldnerverzeichnis, Register, SoPart u.a.)

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
712 60 052	Baumaßnahmen.	—	—	—	—
812 60 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. Verpflichtungsermächtigung: 11 700 500 EUR.	25 341 300	25 000 000	+341 300	18 484
	Summe Titelgruppe 60.	63 722 800	58 470 000	+5 252 800	54 199
	Titelgruppe 61 Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs				
511 61 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	—	—	—	1 050
518 61 052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen, Überlassungsvergütungen.	—	—	—	—
526 61 052	Sachverständige und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
538 61 052	Ausgaben für Datenverarbeitung.	—	—	—	4 492
546 61 052	Vermischte Ausgaben.	—	—	—	78
712 61 052	Baumaßnahmen.	—	—	—	—
812 61 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	—	7 039 000	-7 039 000	516
	Summe Titelgruppe 61.	—	7 039 000	-7 039 000	6 136

 Erläuterungen

Zu Titel 712 60:

Verkabelung von Dienstgebäuden.

Zu Titel 812 60:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechensystemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar.

Reinvestitionsmaßnahmen

		in EUR
1.	PC-Arbeitsplätze	
1.2	PC-Systeme / Drucker / Monitore	8.685.000
1.3	Ergänzungsausstattung	851.000
1.4	Büro- und Kommunikationssoftware	3.126.000
1.5	IT-Sicherheitstechnik (Virenschutz pp.)	304.100
zusammen		12.966.100
2.	Server	
2.1	Infrastruktur- und Fachverfahrenserver	4.143.000
2.2	Storage-Systeme	3.799.000
2.3	Zentrale Serversysteme	2.534.100
2.4	RDBMS	1.383.000
zusammen		11.859.100
3.	Mobile DV-Systeme	413.100
4.	Präsentationstechnik	103.000
Zusammen		25.341.300

Reinvestitionszyklus

Wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren wird auch im Haushaltsjahr 2011 weiterhin grundsätzlich von einer 6-jährigen Nutzungsdauer für PC- und Server-Systeme ausgegangen. Bei der Berechnung des Reinvestitionsbedarfs wurde, basierend auf den Erfahrungen des Geschäftsbereichs der vergangenen Jahre, ein Ersatzbedarf für 5 Jahre alte Hardware in Höhe von 15 % veranschlagt.

Zu Titelgruppe 61:

Die Titelgruppe 61 wird mit dem Haushalt 2011 aufgelöst. Die Ausgaben für das elektronische Grundbuch werden ab dem Jahr 2011 mitveranschlagt in der Titelgruppe 60.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2011 EUR	2010 EUR	2011 EUR	2009 TEUR

Titelgruppe 62

Ausgaben im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titelgruppe 62 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 62 aufkommenden Einnahmen geleistet werden, wenn die Förderzusage der Europäischen Union vorliegt.
3. Rückflüsse fließen den Ausgaben zu.
4. (§17 Abs. 3 LHO)
5. Die Ausgaben sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.

422 62	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	—	—	—	31
--------	-----	--	---	---	---	----

Planstellen

2011	2010	
1	1	Bes.Gr. B 2 Ministerialrat/Ministerialrätin Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden. davon 1 (1) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
1	1	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin davon 1 (1) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
1	1	Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin davon 1 (1) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
3	3	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
2	2	Höherer Dienst
1	1	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gliederung nach Laufbahngruppen

428 62	052	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	—
511 62	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	—	—	—	—
526 62	052	Sachverständige und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
527 62	052	Reisekostenvergütung für Dienstreisen. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—
538 62	052	Ausgaben für Datenverarbeitung. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—
546 62	052	Vermischte Ausgaben. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 62:

Der Rat der Europäischen Union hat im Juni 2007 beschlossen, ein europäisches Justizportal zu schaffen, das als zentraler Einstiegspunkt für alle Justizinformationen auf europäischer Ebene dienen soll. Das Projekt wird von Österreich und Deutschland gemeinschaftlich geleitet. Die Federführung für die Teilprojekte "Verteiltes Identitätsmanagement (DIM)" und "Bezahlsystem" liegt bei Deutschland, die deutsche Leitung hat das Land Nordrhein-Westfalen inne. Das Projekt bzw. die Teilprojekte werden im Umfang von 80 % der Kosten aus den Haushalten 2007 bis 2013 der Europäischen Union finanziell gefördert. Die verbleibende Kofinanzierung wird aus bereiten Mitteln des Justizhaushalts bestritten (Kapitel 04 010 und Kapitel 04 020 Titelgruppe 60). Die von der EU geförderten Ausgaben sind bei Titelgruppe 62 veranschlagt, die EU-Förderung wird bei Titel 272 62 vereinnahmt. Neben der EU-Förderung haben einige Mitgliedstaaten angekündigt, das Projekt zusätzlich aus eigenen Mitteln zu unterstützen, welche dann ebenfalls über das jeweils federführende Land zu verausgaben wären. Entsprechende Leistungen werden bei Titel 287 62 vereinnahmt. Da die Höhe der EU-Förderung noch nicht feststeht, werden die Haushaltsstellen der Titelgruppe mit einem Strichansatz versehen.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) 2011 EUR	IST 2009 TEUR
547 62 052	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln.	—	—	—	—
687 62 052	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland.	—	—	—	—
812 62 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 62.	—	—	—	31
Titelgruppe 70					
Ausgaben für den "Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen"					
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
422 70 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	218 600	218 100	+500	68
Planstellen					
		2011	2010		
	Bes.Gr. A 16				
	1 1 Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
	Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/ eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.				
	Bes.Gr. A 11				
	2 2 Regierungsamtmann/Regierungsamtfrau				
	Bes.Gr. A 9				
	2 2 Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin				
	0 (1) erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr A 9 der BBesO				
	5 5 Planstellen				
	davon				
	— Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen					
	1 1 Höherer Dienst				
	2 2 Gehobener Dienst				
	2 2 Mittlerer Dienst				
	— Einfacher Dienst				
427 70 056	Kosten für die Beratung durch Sachverständige und Honorarkräfte.	119 500	119 500	—	95
428 70 056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	—
547 70 056	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	30 000	30 000	—	7
	Summe Titelgruppe 70.	368 100	367 600	+500	170
	Gesamtausgaben Kapitel 04 020.	134 047 900	131 515 200	+2 532 700	137 366
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020.	17 600 500	19 900 000	-2 299 500	

Erläuterungen

Zu Titel 422 70:

1. Dienstbezüge.	208 600 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen.	10 000 EUR
Zusammen.	218 600 EUR

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
A 9 m.D.	Umsetzung von 1 Planstelle Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin aus Kapitel 04 210 im Haushaltsvollzug 2010. Die Planstelle wird umgewandelt in eine Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin.	1	–
A 9 m.D.	Umsetzung von 1 Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin mit Amtszulage in das Kapitel 04 210 im Haushaltsvollzug 2010.	–	1
	Zusammen	1	1

Zu Titel 428 70:

Der Titel dient der getrennten Buchung von Ausgaben für Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fall einer Stellenführung auf Planstellen bei Titel 422 70.